

Neue Industrie- und Wettbewerbspolitik für Europa

Bericht zum hybriden Workshop am 12. Oktober 2022



Die Nachwirkungen der Pandemie, kombiniert mit dem Krieg in der Ukraine haben zu hohen Inflationsraten und infolgedessen zu einer Erhöhung der Lebenshaltungskosten geführt. Dadurch wurden die Abhängigkeitsverhältnisse Europas in einer globalisierten Welt besonders deutlich. Eine bisher immer noch stark auf fossile Energieträger ausgerichtete Energiepolitik schränkt die Entscheidungsfähigkeit der EU auf geopolitischer Ebene ein und belastet die europäische Wirtschaftslage. Angesichts dieser Entwicklungen ist die Idee eines autarken Europas bzw. der De-Globalisierung in den Mittelpunkt des politischen Diskurses gerückt. Dazu gehören verschiedene Zielerreichungspfade, wie Kürzung und Rückholung der Lieferketten und von Produktionsstandorten, Rohstoffunabhängigkeit, Digitalisierung und nicht zuletzt Dekarbonisierung. In diesem Kontext sehen sich Gewerkschaften mit der Aufgabe konfrontiert, Beschäftigte und die organisierte Zivilgesellschaft in den Prozess der Umstrukturierung einzubinden und zu schützen.

Um die verschiedenen Diskussionsstränge innerhalb der europäischen Gewerkschaftsbewegung zusammenzuführen und auf ein gemeinsames Verständnis und gemeinsame politische Forderungen hinarbeiten, hatten DGB und FES Gewerkschafter*innen und Expert*innen aus allen EU-Mitgliedsstaaten zu einem Workshop nach Berlin eingeladen. Zur Diskussion stand die Frage, welche konkreten Maßnahmen in welchen Politikfeldern nötig sind, um gewerkschaftliche Ziele hin zu einer neuen Industrie- und Wettbewerbspolitik für Europa umzusetzen und die vielfältigen Krisen der Gegenwart zu bewältigen. Der Workshop wurde hybrid, d.h. sowohl mit Präsenz im Konferenzsaal der FES als auch mit digitaler Teilnahme durchgeführt. Es war das fünfte Forum der jährlichen Reihe „Soziales Europa“ von DGB und FES.

In seiner Keynote gab **Björn Hacker**, Professor an der Hochschule für Technik und Wirtschaft in Berlin, seine Thesen zu „Strategische Autonomie und De-Globalisierung – der neue Weg für Europa?“ wieder. Seit relativ kurzer Zeit wird in europapolitischen Foren über „Strategische Autonomie“, „Strategische Souveränität“, „Geopolitische Macht“, „De-Globalisierung“ oder auch die „Zeitenwende“ diskutiert. Noch vor drei Jahren waren das allenfalls belächelte Randthemen der Außen- und Sicherheitspolitik. Jetzt, in der neuen, noch unübersichtlichen Realität von Pandemie und Ukraine-Krieg müssen wir diskutieren, wie wir den weiteren Verlauf sich verändernder Wirtschafts-, Kooperations- und Machtpositionen mitgestalten können – und welche Rolle der EU in der Phase der Post-Globalisierung zukommt. Dazu stellte Björn Hacker drei Fragen in den Raum: Welche sind die Risiken der globalisierten Welt, was sind die hausgemachten Probleme der EU und welches Potenzial hat Europa in der Zeitenwende?



Nach Einschätzung von Björn Hacker wäre die Hyperglobalisierung auch ohne die jüngste Kulmination nicht dauerhaft zu retten gewesen. Die Weltfinanz- und Wirtschaftskrise von 2008/09 erschütterte erstmalig die Euphorie marktgetriebener „Hyperglobalisierung“. Bis dahin galt auf den Märkten das Prinzip „Schneller – Weiter – Höher“ der Deregulierung und internationalen Interdependenz. Seitdem sind die globalen Risiken offensichtlicher geworden. Als externe Faktoren sind jetzt der Klimawandel, Pandemien, Migrationsbewegungen, weltweite Handelskonflikte und die Energieversorgung zu bewältigen. Hinzu kommt der wirtschaftsstrukturelle Wandel durch Dekarbonisierung und Digitalisierung. Mit dem Weltmarkt haben wir eine Schleuse geöffnet, der zwar Wohlstand generiert, aber nicht hinreichend über politische Akteure, Institutionen, Prozesse verfügt, um Risiken abzumildern, akute Konflikte oder Collective-Action-Probleme zu lösen. Gerade die EU ist in einer vom globalen Wettbewerb bestimmten Weltwirtschaftsordnung exponiertes Ziel von grenzüberschreitenden Risiken. Deutschland gehört – ökonomisch betrachtet – sicher zu den Gewinnerländern der Globalisierung. Dennoch existiert die Sorge vor Arbeitsplatzverlust und beruflichem wie gesellschaftlichem Abstieg sowie das Gefühl der Ohnmacht gegenüber einer „gescheiterten Globalisierung“.

Die EU hat – so Björn Hacker – eine Anpassung ihres wirtschaftlichen Integrationsmodells versäumt. Europas erste Antwort auf die Herausbildung neuer internationaler ökonomischer Interdependenz nach Ende des Kalten Kriegs war die Stärkung der EU als Wirtschaftsmacht von Weltrang. Dabei ist jedoch nur unzureichend auf die Entwicklung und Verteidigung originär europäischer Spezifika Rücksicht genommen worden.



Das Wachstums- und Wettbewerbsparadigma der Unternehmenskonkurrenz auf grenzüberschreitenden Märkten wurde weitgehend unkritisch für die europäischen Wohlfahrtsstaaten und ihre regionalen Gebietskörperschaften adaptiert. Doch weder folgert aus dem Binnenwettbewerb von Institutionen, Systemen und Politiken automatisch ein Spill-Over der im Integrationsraum erprobten Best Practices, noch erwächst hieraus automatisch eine stärkere Position im Konzert der internationalen Wettbewerber. Der intensivierte Binnenwettbewerb hat der wirtschaftlichen Position der EU im weltweiten Wettbewerb sogar geschadet. In der Eurokrise kulminierten die systemischen Defizite der Währungsunion, doch das Wettbewerbsparadigma war bereits so gut verankert, dass das Krisenmanagement

fälschlicherweise mit Austeritätspolitik einen konjunkturellen Wirtschaftseinbruches bekämpfen wollte. Diese künstliche Verlängerung der Krise führte ökonomisch zu einer verlorenen Dekade der EU und zur Vertiefung der sozialen Disparitäten. Der mangelnde Gestaltungswille verfestigte eine doppelte soziale und räumliche Polarisierung in der EU. Diese zeigt sich einerseits in differenzierter Resilienz und sozioökonomischen Spaltungen zwischen den Mitgliedstaaten, andererseits in großen Unterschieden innerhalb der Mitgliedstaaten - für den globalen Wettbewerb gerüstete Zentren und Metropolen und auf Dauer abgehängte, in ihrer Entwicklung stagnierende Peripherie auf dem Land und in kleineren Städten.

Dennoch sah Björn Hacker auch große Potenziale der EU, die Zeitenwende in ihrem Sinne zu gestalten. Mit dem Gemeinsamen Markt und der Wirtschafts- und Währungsunion weist die EU eine ausgebaute Marktintegration auf. Ihre institutionelle Ausgestaltung mit der Mischung aus supranationalen und geteilten, aber koordinierten Zuständigkeiten unterscheidet die EU von anderen wirtschaftlichen Integrationsräumen in der Welt. Der Staatenverbund hat in den letzten 30 Jahren – insbesondere zur besseren Funktionalität der großen Integrationsprojekte – zusätzliche Politikfelder in den gemeinsamen Gestaltungshorizont aufgenommen, u.a. Sozial- und Beschäftigungspolitik, Energie- und Klimapolitik sowie Justiz, Inneres und Asylpolitik. Bereiche, die noch nicht perfekt integriert sind und wo ein Schwanken zwischen supranationalen Erfordernissen und nationalen Souveränitätsansprüchen zu sehen ist.

Den Soziologen Ulrich Beck zitierend postulierte er: Weltprobleme schaffen transnationale Gemeinschaften. Wer die nationale Karte zieht, verliert. Interdependenz ist keine Geißel der Menschheit, viel-



mehr, ganz im Gegenteil, die Voraussetzung ihres Überlebens. Kooperation ist nicht länger ein Mittel, sondern das Ziel. D.h. also, jeder Schritt zurück von der Hyperglobalisierung darf nicht zum Ausspielen der nationalen Karte führen, wie sie bestimmte politische Gruppen ja im Portfolio führen. Stattdessen muss es zeitgleich zu einem Schritt (gern auch zwei) vorwärts in der EU-Integration kommen. Strategische Autonomie heißt dabei nicht, dass die EU gänzlich aus der Weltwirtschaft aussteigt. Der Begriff ist auch irreführend: Europa wird in vielen Bereichen nie gänzlich autonom sein können, und das wäre auch weder ökonomisch noch politisch ein anzurathendes Programm. Es geht im Kern darum, dass die EU die Fähigkeit besitzt, selbst Entscheidungen zu treffen, diese eigenständig zu priorisieren und umzusetzen. Zwei Dinge waren für Björn Hacker dabei zentral: Zum einen Vorsorge zu treffen gegen Protektionismen, Handelsbeschränkungen, Patent- und Produktsponage sowie Datenklau, zur Sicherung der Netzversorgung, der (kritischen) Infrastruktur und der Daseinsvorsorge. Zum anderen die Herausforderungen im Staatenverbund gemeinsam anzugehen, etwa den strukturellen Wandel der Wirtschaft in Richtung Dekarbonisierung und Digitalisierung, aber auch indem eine soziale und beschäftigungspolitische Aufstellung erfolgt.

In der Industriepolitik heißt dies Abhängigkeiten zu reduzieren, indem Schlüsseltechnologien erhalten und Kapazitäten geschaffen werden, bestimmte Industrien/Produkte aus dem Stand lokal hochzuziehen; die Infrastruktur muss dergestalt ausgebaut werden, dass auf ihr jederzeit aufgebaut werden kann, und die Spezifika des europäischen Wirtschafts- und Sozialmodells müssen integriert und gefördert werden.

In der Wettbewerbspolitik bedeutet dies, gänzlich neu zu denken. Wettbewerb sollte in bestimmten Bereichen nicht mehr das oberste Ziel in der Binnensicht des Gemeinsamen Marktes, sondern in der Perspektive der europäischen Wettbewerbsfähigkeit gegenüber Dritten sein. Die EU besitzt die Marktmacht, Veränderungen weltweit durch Standardsetzung voranzutreiben und so die Globalisierung mitzugestalten: Beispiele sind der Klimaschutz, die Datenschutz-Grundverordnung (DSGVO), und die europäischen Freihandelsabkommen. Zu wenig entwickelt sind aber die Konturen eines eigenen Europäischen Wirtschafts- und Sozialmodells, das innere Dumpingprozesse begrenzt, sozioökonomische Disparitäten verringert, neue Herausforderungen mit geteiltem Know-how angeht und eine höhere Krisenresilienz gegenüber externen Angriffen entwickelt.

Strategische Autonomie für die EU kann nur erfolgreich sein, wenn sie sich traut, aktiv Industriepolitik zu betreiben, und zugleich das Mantra des Binnenwettbewerbs abmildert. Für Björn Hacker war es klar, dass nur Staaten in der Lage sind, Infrastruktur, Daseinsvorsorge, Bildung & Ausbildung, Grundlagenforschung und Entwicklung, Nachhaltigkeit oder Arbeitnehmer*innenschutz zu garantieren – der Markt wird das nicht regeln. Hier gemeinsame, zumindest koordinierte Wege zu gehen, könnte die Zeitenwende zur Chance machen, neben dem europäischen Wirtschaftsmodell auch die europäische Identität zu steigern.

In der anschließenden Diskussion gab zunächst **Petra Bolster-Damen** vom niederländischen Gewerkschaftsbund FNV zu bedenken, wie gefährlich es ist, dass die EU häufig als fehlgeschlagenes Experiment („failed experiment“) dargestellt wird, was nicht stimmt. Gerade die Gewerkschaften müssten das besser deutlich machen und in der Realität zeigen. Das Potenzial der EU ist groß, aber weil auch Länder untereinander in Wettbewerb stehen, wird das häufig konterkariert. Sie sah es als zentral an, die Chancen der EU deutlich zu machen, damit das auch in Italien, den Niederlanden etc. so gesehen wird.



Fausto Durante vom italienischen Dachverband CGIL forderte, dass die Gewerkschaften ihren Einsatz für ein soziales Europa verstärken. Denn die jetzigen Krisen dürfen nicht dazu führen, die Entscheidungsmacht noch weiter in die Hände nationaler Regierungen zu verschieben. Die europäische Perspektive ist in Gefahr, wenn wir keine starke europäische Antwort finden. In Deutschland gibt es pro-europäische Parteien, die das auch so sehen. Aber andere Staaten haben Regierungen, die explizit gegen Europa sind. Das Risiko für das Ende des Zusammenhalts in der EU ist groß.

Pavel Vlček vom tschechischen Dachverband CMKOS brachte ein Beispiel aus seiner Arbeit bei einem Mobilfunkbetreiber, wo sich die tschechische Regierung hinter der Ausrede „das muss die EU machen“ versteckte, um selber nicht den Ausbau des Mobilfunks im Land voranzutreiben. Damit wird die EU als Schuldige hingestellt und anti-europäischen Ressentiments Vorschub geleistet. Tschechien ist ein Industrieland, die hohen Energiekosten bedrohen die Arbeitsplätze. Er führte das Beispiel einer Firma an, die aufgrund der hohen Energiepreise nun ihre Produktion ins



Ausland verlagern will. wodurch 400 Arbeitsplätze verloren gehen. Viel für eine strukturschwache Region. EU-Programme müssen lokale Spezifika akzeptieren.

Björn Hacker hob in seiner Replik auf die Diskussionsbeiträge hervor, dass es auf all diese Probleme nicht die eine Antwort gibt, aber Gewerkschaften sehr wohl Forderungen einbringen können. Mit dem zeitlich befristeten Konjunkturpaket „NextGenerationEU“ hatte die EU erstmalig eigene Mittel mobilisiert um der Corona-Krise entgegenzutreten. Dies war ein grundlegender Paradigmenwechsel. Jetzt bräuchte es ein „NextGenerationEU 2.0“. In der jetzigen durch die Energiepreise und die Inflation befeuerten sozialen Krise müssen wir nicht etwas Neues erfinden, wenn wir mit Bewährtem weitermachen können. Auch könnte man überlegen Lieferketten mit Auflagen zu belegen, damit sie sozio-ökologischen und menschenrechtlichen Kriterien folgen.

In seiner Präsentation zu einem neuen Design des Energie-Marktes für Europa, verwies **Josef Thoman** von der Arbeiterkammer Wien zunächst darauf, dass derzeit alle Mitgliedstaaten der EU versuchen mit nationalen Maßnahmen gegen die hohen Gas- und Energiepreise anzugehen, was die nationalen Budgets sehr belastet. Er plädiert für eine Entkoppelung des Strompreises vom Gaspreis. Anhand aktueller Daten zeigte er, wie massiv der Gaspreis auf das 10- bis 20-fache des Preises von vor ein paar Jahren explodiert ist, wie die russische Gasprom den Energiepreis manipuliert und wie der Ukrainekrieg unsere Abhängigkeit von Russland deutlich gemacht hat. Auch die Vorgabe schnell die Gasspeicher zu füllen, hat den Preis nach oben getrieben. Dazu kommen Spekulationen am Energiemarkt, u.a. von der Deutschen Bank, aber auch über den Hochfrequenzhandel.



Der Strompreis entwickelt sich genauso explosiv, d.h. er hat sich mehr als verzehnfacht. Josef Thoman zeigte anhand einer Grafik, warum dies so ist, obwohl die erneuerbaren Energien viel günstiger produzieren. Das „Merit-Order“-System sorgt für ein Marktregime, in dem das Kraftwerk mit den höchsten Grenzkosten, das noch benötigt wird, um die Nachfrage zu decken, den Marktpreis bestimmt und damit die Erlöse bzw. Deckungsbeiträge aller günstigeren Anbieter.



Das sind in der Regel fossile, meist Gaskraftwerke. Da die Gaspreise explodiert sind, streichen die Betreiber von erneuerbaren Energien und Atomkraftanlagen riesige Zufallsgewinne („windfall profits“) ein. Somit sehen wir derzeit eine nie zuvor dagewesene Umverteilung von den Verbraucher*innen hin zu den Energieerzeugern. Daher wäre, so Josef Thoman, eine Neuordnung

des Strommarkt-Designs durch Entkoppelung von Strom- und Gaspreis notwendig. Wenn der Strompreis für Verbraucher*innen günstiger wird, sinkt auch die Inflation, die Wettbewerbsfähigkeit steigt, die Umverteilung wird gebremst und trotzdem bleiben die Preise so hoch, dass sich Investitionen in erneuerbare Energien weiter lohnen. Für ein solches Vorgehen gibt es bereits ein funktionierendes Beispiel, das sog. iberische Modell. In Portugal und Spanien wird der Gaspreis gedeckelt, d.h. die Gas-einkäufe von Energieerzeugern werden subventioniert, wodurch der Strompreis auf einem deutlich

niedrigeren Niveau stabilisiert wird. Dieses Modell ist aus Sicht von Josef Thoman eine sehr gute und praktikable Vorlage für einen EU-weiten Eingriff.

In seinem Kommentar unterstrich **Ludovic Voet** vom EGB, wie wichtig es ist, dass es dieses iberische Modell gibt, weil es zeigt, dass einzelne Länder etwas tun können. Nur die EU hinkt da leider hinterher. Er sah das derzeitige Ausweichen auf andere Gas-Quellen kritisch und verwies als Beispiel auf die Menschenrechtssituation in Katar. Langfristig brauchen wir mehr erneuerbare Energien. Er stimmte Josef Thoman bei dessen Forderung nach einer Entkoppelung von Gas- und Strompreis zu. Die EU braucht aber auch entsprechende Finanzierungsmöglichkeiten dafür, damit nicht noch höhere Verschuldung zu noch mehr Verteilungsungerechtigkeit führt. Er fordert nicht nur einen Gaspreisdeckel, sondern auch eine Solidaritätsumlage um Übergewinne abzuschöpfen und an die Haushalte umzuverteilen. Darüber hinaus muss die EU massiv in erneuerbare Energie investieren, muss ein neues Design für den Energiemarkt anstreben. Gleiches gilt seiner Meinung nach auch für andere Rohstoffmärkte (Beispiel Nickel), in denen Monopole die Preismacht haben und den Wettbewerb ausschalten.



Im nächsten Themenfokus ging es um die gewerkschaftliche Perspektive auf regionale Transformationsprozesse. In ihrem Grundsatzbeitrag dazu forderte die DGB-Vorsitzende **Yasmin Fahimi**, die Gewerkschaften dürften nicht immer nur Nachbesserungen anmahnen, sondern sollten von Anfang an aktiv bei der Formulierung für Strategien in den verschiedenen Politikfeldern dabei sein. Auch und gerade mit Blick auf die aktuellen Krisen müssen sie mit noch größerer

Kraft auf eine Transformation hin zu einer klimaneutralen Wirtschaft und Gesellschaft drängen. Dieses Ziel ist klar. Und die Unterstellung, die Gewerkschaften seien nur Bremser im Transformationsprozess, stimmt nicht. Die Gewerkschaften stellen nur die relevante Frage, wie das Ziel praktisch erreicht werden kann, wie sozial gerechte, sozial nachhaltige und sozial verantwortliche Lösungsansätze aussehen, um die EU resilienter und den Standort wettbewerbsfähiger zu machen. Yasmin Fahimi sah die EU in einem Wettbewerb gesellschaftlicher Systeme mit Autokraten und Gesellschaftsmodellen wie in China. Sie fragte, wie man in diesem Kontext die Transformation von vorneherein effizienter gestalten, die geostrategische Souveränität Europas stärken und verantwortungsvolle Lieferketten aufbauen kann. Gerade in den Lieferketten sind alle Fragen abgebildet: Klima, Menschenrechte, Entwicklungszusammenarbeit etc. Die Gewerkschaften haben den Anspruch alle Menschen mitzunehmen und für alle Perspektiven zu schaffen. Es gilt technisch und auch sozial ehrgeizige Strategien für die Industrie, für den Dienstleistungssektor, für Infrastruktur zu entwickeln.

Yasmin Fahimi betonte, dass die Beschäftigten in die Gesamtstrategie eingebunden sein müssen. Die Gewerkschaften haben jahrhundertelange Erfahrung bei der Gestaltung von Handel und Wirtschaft, sie sind nicht nur eine „Lohnmaschine“, sondern die Stimme der ökonomischen Vernunft, sie haben die ökonomische Kompetenz, weil die Beschäftigten „jede Schraube im Betrieb“ kennen und wissen, wie technische Abläufe funktionieren. Sie sind die Expert*innen am Arbeitsplatz, die Informationen geben können für die Formulierung ökonomischer Strategien. Nur ein wettbewerbsfähiges Unternehmen kann nachhaltig Arbeitsplätze halten bzw. schaffen. Dieses Wissen zu bündeln ist ein Alleinstellungsmerkmal der Gewerkschaften. Gewerkschaften sind ein Scharnier zwischen Wirtschaft und Politik. In Krisen werden Gewerkschaften gerufen, um alles friedlich über die Bühne zu kriegen, aber dann, wenn es um die zukünftige wirtschaftliche Ausrichtung geht, sollen sie doch bitte hintanstehen. Diese typische Arbeitgeber-Sichtweise geht gar nicht. Für die Gewerkschaften ist mehr Mitbestimmung nicht nur ein Anspruch, sie ist Bedingung für das Gelingen einer nachhaltigen Transformation. Darum, so Yasmin Fahimi, fordert der DGB z.B. auch eine Revision der Richtlinie für europäische Betriebsräte. Derzeit nutzen deutsche Unternehmen europäische Gesetze, um das starke deutsche Mitbestimmungsgesetz zu unterlaufen, nationale Regelungen auszuhebeln und sich der Mitbestimmung zu entziehen. Das muss unterbunden werden.



Auch wenn viele Väter und Mütter es für sich beanspruchen, eine der kreativsten Ideen der deutschen Gewerkschaften war das Kurzarbeiter*nnengeld, das in Deutschland bereits in der Finanzkrise von 2008 wesentlich dazu beigetragen hat, die Wirkungen auf die Beschäftigten abzufedern. Mit dem SURE-Programm wurde dieses Modell erstmals auf europäische Ebene gehoben. Dies muss nun verstetigt werden. Gleichmaßen müssen die Gewerkschaften jetzt auch kreative Ideen und Konzepte für die zukünftige Gestaltung des Energiemarktes einbringen. Dieser funktioniert so, wie er jetzt ist, nicht. Es ist eine essentielle Frage, wie er anders aufgestellt werden kann, um die Marktlogik zu relativieren. Das Stichwort ist „Gaspreisbremse“. Die Expertenkommission der Bundesregierung hat für Deutschland hierzu Vorschläge gemacht, die auch der DGB grundsätzlich unterstützt, da sie konkrete Beiträge zur Bewältigung der aktuellen Krise liefern können. Diese Ideen müssen aber noch weiter gestaltet werden.



Weitere wichtige Themen für die Transformation der Arbeit der Zukunft sind für Yasmin Fahimi die Herausforderungen bei der Gestaltung von Plattformarbeit und anderen neuen Formen der Erwerbstätigkeit. Darüber hinaus erwartet sie von der Bundesregierung, dass diese einen nationalen Aktionsplan für Tarifbindung auflegt, der die Vergabe öffentlicher Aufträge und Förderinstrumente mit der Tarifbindung verknüpft, wie z.B. die Förderung für erneuerbare Energien. Es darf auch nicht sein, dass Unternehmen, die jahrelang von den Subventionen profitiert haben, ihre Windkraftwerke schließen und dann mit den Gewinnen in China investieren, wie das gerade in Rostock geschehen ist. Yasmin Fahimi plädierte dafür, Subventionierung an die Bedingung zu knüpfen, Gewinne vor Ort zu reinvestieren und Standortzusagen zu geben, damit nachhaltig Arbeit in Deutschland gehalten wird.

In der weiteren Debatte zum Thema ging **Pavel Vičec** zunächst auf die Situation in Tschechien ein. Die neugewählte Regierung ist grundsätzlich neo-liberal orientiert, hält wenig vom sozialen Dialog. Die tschechischen Gewerkschaften haben in letzter Zeit mehrere Empfehlungen gemacht, wie man der hohen Inflation (vor dem Ukraine-Krieg 11 Prozent, derzeit 18 Prozent) beikommen könnte. Die Regierung hat nichts unternommen. Es gibt zwar seit längerem Debatten über eventuelle Sondertarife für Energie, aber erst Ende August hat die Regierung begonnen, über einen möglichen Energiepreisdeckel zu sprechen, hat die Forderungen der Gewerkschaften acht Monate abgewimmelt. Jetzt wartet man auf eine europäische Lösung.



Fausto Durante ging ebenfalls auf die neue Lage in Italien nach dem Wahlsieg der rechtspopulistischen, post-faschistischen Partei „Fratelli d’Italia“ und der absehbaren Regierungsbildung unter einer neuen Ministerpräsidentin Georgia Meloni ein. Er war sich nicht sicher, ob sich die Gewerkschaften in dieser



neuen Lage konstruktiv einbringen können oder ob sie sich eher auf einen Kampf einstellen müssen. Denn die italienischen Gewerkschaften verfolgen einen pro-europäischen Ansatz. Die Bewältigung der Energiekrise ist der Prüfstein für die wirtschaftliche und soziale Zukunft Europas. Die Krisen machen deutlich, dass wir eine bessere, sozialere Strategie brauchen, im Sinne des Wiederaufbaufonds NextGenerationEU. Der Rechtsruck in Italien, der nationale Antworten in den Vordergrund stellen wird, könnte den sozialen Zusammenhalt in Europa gefährden und ein Auseinanderdriften zur Folge haben.

Die italienische CGIL sieht vier Schwerpunkte für eine europäische Energiepolitik: 1. Die EU muss gemeinsame Gaseinkäufe ermöglichen, 2. es muss schnell ein Gaspreisdeckel kommen, 3. die Preise für Strom und Gas müssen entkoppelt werden und 4. der Gasmarkt sollte vor Spekulationen geschützt werden, um eine Energieversorgung der Bevölkerung zu angemessenen Preisen sicherzustellen. Italien ist zu 50 Prozent von Flüssiggas, vor allem aus Nordafrika, abhängig. Mit der Energiekrise ist Italiens Wettbewerbsfähigkeit in Gefahr. Italien nimmt immer noch Platz 2 im verarbeitenden Gewerbe ein, aber die energieintensive Industrie gerät in Bedrängnis. Immer mehr Unternehmen, gerade in Sektoren wie Chemie, Stahl, Glas, Beton, Papier und Holz sagen, dass es sich nicht mehr lohnt weiterzumachen, angesichts von Energiepreisen, die heute beim 300fachen vom Vorjahr liegen. Auch die Automobilbranche befindet sich in einem essentiellen Wandel, versucht von der Produktion von Motoren, Ventilen, Zylindern etc. umzustellen auf Komponenten für die Elektromobilität. Diese Transformationsprozesse müssen Gegenstand von Verhandlungen der Gewerkschaften mit der Regierung und auch auf europäischer Ebene werden, nicht nur in der Krise, sondern bei der Gestaltung einer neuen Politik zur Erreichung einer CO2-neutralen Wirtschaft.

Petra Bolster-Damen sah es als schwierig an, mit der neuen (alten) rechtsliberalen Regierung von Mark Rutte die Sozialpartnerschaft zu stärken. Auch sie stimmte Yasmin Fahimi zu, dass Subventionen ohne soziale und menschenrechtliche Bedingungen nichts bringen. Zwar setzen die Gewerkschaften in den Niederlanden jetzt die Priorität auf höhere Löhne. Langfristig bedarf es aber einer Neuaufstellung der Wirtschaft, weg von Profitmaximierung hin zu einer nachhaltigen, auf erneuerbare Energien setzenden Wirtschaftsweise. Der Schwerpunkt darf



nicht bei Outsourcing liegen, sondern bei Re-Investitionen. Als Beispiel führte sie die Schließung von zwei der fünf Kohlekraftwerke zum Zweck der Reduktion der CO₂-Emissionen an. Früher hätten die Gewerkschaften einfach einen Sozialplan erstellt, jetzt haben sie viel Geld in die Hand genommen, um die Beschäftigten zu beraten, wie sie in Zukunft anderweitig Einkommen generieren können, wie der Übergang in andere Beschäftigung aussehen könnte. Die Devise lautet: „Nothing about us without us“.

Auf Nachfrage der Moderatorin stellte **Yasmin Fahimi** fest, dass Gewerkschaften zwar immer von Zusammenarbeit reden, aber keine wirkliche Antwort finden, wie diese aussehen sollte. Sie hoffte, dass auf dem kommenden EGB-Kongress im Mai 2023 so eine Debatte fortgesetzt wird, wünschte sich, dass die europäischen Gewerkschaftsverbände nicht nur, wie üblich, Spiegelstriche für zahllose Anträge stellen, sondern sich überlegen, was die Botschaften, die strategischen Themen sind, die vom EGB-Kongress ausgehen sollten. Sie sprach sich gegen „Jet-Set Unionism“ und nur sanfte Wohlfühlbotschaften aus. Jede Organisation muss sich kritisch in den EGB einbringen, und der EGB muss es auch aushalten, dass kritisch reflektiert wird.



Die letzte Sitzung des Workshops stand unter dem Thema „Strategische Autonomie und Green Deal“. In einem ersten Input setzte **Isabelle Schömann** vom EGB ein klares Signal, dass es keinen Green Deal ohne einen Social Deal, ohne sozialen Fortschritt geben dürfe. Das gilt sowohl für die Industriepolitik, als auch für die strategische Autonomie Europas. Die Menschen müssen in den Mittelpunkt gestellt werden, wichtig ist Weiterbildung, Gestaltung der Arbeitsplätze und die Rolle der Gewerkschaften. Der EGB mischt sich daher auch in die Wettbewerbspolitik ein. Und da hat es in letzter Zeit kleine Erfolge gegeben. Nach langjährigen Bemühungen des EGB bei verschiedenen Richtlinien, haben sich die Wettbewerbsbehörden offen gezeigt, Zugang zu Tarifverhandlungen für Solo-Selbstständige, Regelungen zur Sozialpolitik u.a. in die Gestaltung der Wettbewerbspolitik einfließen zu lassen. Schrittweise geht es auch um die Gestaltung von Arbeitsbedingungen. Strategische Autonomie bedeutet



für Isabelle Schömann, dass wir in der EU wichtige Kompetenzen behalten, dazu gehörten auch Bildung und die Arbeitsorganisation. Seit COVID-19 verstehen wir auch, dass Sicherheit im Gesundheitswesen ein wichtiger Bestandteil strategischer Autonomie ist. Gleiches gilt für die Landwirtschaft. Für den EGB ist es wichtig, ein breites, holistisches Verständnis für strategische Autonomie zu entwickeln und in die aktuelle Diskussion einzubringen. Dieser Ansatz muss auch in das europäische Lieferkettengesetz, wie

auch in die Vergaberichtlinien für öffentliche Aufträge einfließen. Energie und andere Dienstleistungen der öffentlichen Daseinsvorsorge dürfen nicht nur rein private Güter sein. Wie die aktuelle Kriegssituation zeigt, wo Energie und auch Landwirtschaft benutzt werden, um Einfluss im Krieg zunehmen, müssen diese Sektoren in die Gesamtstrategie einbezogen werden. Die Grenzen von Wirtschafts-, Wettbewerbs-, Energie- und Handelspolitik verdeutlichen, dass strategische Autonomie viel mehr ist, sie ist auch wichtig für die Verankerung und Sicherung der demokratischen Säule der EU.

Claes-Mikael Ståhl vom EGB fokussierte seine Anmerkungen auf die globale Perspektive und konstatierte, dass die Periode, wo Handel ganz dem Markt überlassen wurde, vorbei ist. Dieser Ansatz war naiv. Die Fragestellung multi-lateral versus bi- oder pluri-lateral sollte innerhalb der WTO behandelt werden. Der EGB setzt hier den Fokus insbesondere auf Sozialklauseln, die verbindliche Elemente in Handelsabkommen sein sollten. So muss auch der EU-USA Handels- und Technologierat (TTC) soziale Fragestellungen in seinen transatlantischen Handelsdialog aufnehmen. Europa hat einen starken Einfluss, die EU muss sich für eine „workers centred trade policy“ einsetzen.



Petra Bolster-Damen meinte, es sei nicht ernst zu nehmen, von Energieautonomie zu reden, wenn wir so abhängig von russischem Gas sind. Energie würde heute zur Waffe gemacht. Was kann man dagegen tun – Energiepreise deckeln, nationale Alleingänge nach eigenem Ermessen machen? Letztendlich zahlen immer die Steuerzahler*innen und die Beschäftigten die Rechnung, während die öffentlichen Subventionen in die Taschen der Unternehmenseigner*innen fließen. Lösungen sah sie in der gemeinsamen Festlegung von Gaspreisen und im gemeinsamen Gaseinkauf. Sie erinnerte auch daran, dass die EU schließlich aus einer Energiekrise entstanden ist – die Montan-Union von 1951 war eine Reaktion auf die damalige Krise der Kohle- und Stahlindustrie. **Fausto Durante** forderte die industrielle Zukunft der EU wettbewerbsfähig zu gestalten. Die heutigen Regeln behindern die Chancen europäischer Unternehmen global wettbewerbsfähig zu werden. Siemens und Alstom dürfen nicht fusionieren, um auf dem Weltmarkt für Zughersteller gegen die chinesische Übermacht zu bestehen, italienische und französische Firmenübernahmen werden gestoppt. Und dies, obwohl die EU verlangt, dass wir auf globaler Ebene wettbewerbsfähig werden müssen. Er beklagte zudem die ungleichen Wettbewerbsbedingungen gerade mit nicht demokratischen Ländern, die Menschenrechte nicht beachten. Das Thema menschenwürdige Arbeit und auch Tarifverhandlungen muss wieder auf die Agenda. Hier muss die EU stärker verhandeln, da ist der EGB gefragt. Und die Corona-Pandemie hat gezeigt, wie abhängig wir in unseren Lieferketten sind, nicht nur beim Gas, auch bei Patenten, Pharmaprodukten, Halbleitern u.a. **Pavel Vlček** verwies darauf, dass er Mitglied im tschechischen Nachhaltigkeitsrat ist. Die Kosten für den europäischen Green Deal wird die Tschechische Republik alleine nicht finanzieren können. Heute muss sich Tschechien auf strategische Sektoren fokussieren. Die tschechische Energiestrategie von vor 10 Jahren ist verschwunden, jetzt muss sie wieder hervorgeholt werden. Es muss auf Basis der heutigen Realität, nicht von Ideologie gehandelt werden.



Claes-Mikael Ståhl antwortete auf diese Stellungnahmen mit einem erneuten Plädoyer dafür, dass die Gewerkschaften für faire Grundlagen bei Wettbewerb und Handel sorgen müssen, damit unfairer Wettbewerb zwischen den Ländern der EU vermieden wird. Denn die Geschichte

zeigt, dass daraus Kriege entstehen können. Es geht nicht nur um Wettbewerb, auch um Investitionen in Technologie und auch in Bildung, in Menschen, die sich mit der Technologie auskennen. Dafür braucht es vernünftige Arbeitsbedingungen und Löhne. Es darf keinen „Silo-Ansatz“ geben. Die Wettbewerbspolitik der EU muss Projekte gemeinsamer europäischer Interessen definieren, damit wir innerhalb der EU Technologien entwickeln, die wir in Zukunft brauchen. Und damit geht es auch um die Frage, wie Unternehmen dafür zusammenkommen können. Wir wollen Wettbewerb mit der Welt, aber fairen Wettbewerb, was nicht unbedingt gleichbedeutend ist mit freiem Wettbewerb. Wir verlieren Wettbewerbsfähigkeit, weil wir denken, dass wir die gleichen Regeln für internen und externen Wettbewerb aufstellen sollten. Auch sind Gewerkschaften keine „Handelshemmnisse“ für den Binnenmarkt. So werden Gewerkschaften in Lateinamerika gebeten, an Entscheidungen über Fusionen teilzuhaben. Nicht so in der EU. Internationale und nationale Beschaffungsregeln müssen überarbeitet werden, indem sie dem Grundsatz der Reziprozität bei der Marktöffnung folgen. Ähnliches gilt für die Normung: Wenn die europäischen Grundsätze und Werte nicht in internationale Normung einfließen, dann muss das Instrument der Einfuhrkontrolle herangezogen werden, z.B. für Produkte, die auf Zwangsarbeit basieren. Hier kommen die Lieferketten ins Spiel: Wenn wir sie so organisieren können, dass sie fair aufgebaut sind, wenn es klare Regeln gibt bei Mitbestimmung, Partizipation etc., dann ist das eine gute Grundlage für nachhaltigen Wettbewerb.



Alle Fotos von Maren Strehlau